

Betr.: „Anfrage- und Antragsbearbeitung“

Graz, am 22.2.2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag^a. Dr.ⁱⁿ Karin Sprachmann
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich habe am 24. September 2009 eine mündliche Anfrage an Sie betreffend „City of Design“ und „Smart Business city“ gerichtet. In dem Antwortschreiben an mich verweisen Sie auf Stellungnahmen welche angefügt seien. Diese angefügten Beilagen beinhalteten ein mail von einem Geschäftsführer Eduard Schrempf und dem Finanzstück welches im Gemeinderat beschlossen worden ist. Ihr Antwortschreiben umfasst keinen Inhalt. Aus den Beilagen konnte ich mir aussuchen und versuchen zu entnehmen was der Inhalt Ihrer Anfragebeantwortung sein könnte.

Ebenfalls habe ich in der Gemeinderatssitzung im September eine mündliche Anfrage an Sie gerichtet betreffend „Chaos bei der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Sanierungsarbeiten an den Schienen im Sommer“. Diesbezüglich erhielt ich als Antwort nur ein mail der Marketing Abteilung der Verkehrsbetriebe.

Ich bin mir sehr wohl bewusst, Herr Bürgermeister, dass sie eine Flut von Anfragen und Anträgen im Gemeinderat zu bewältigen haben und dass die MitarbeiterInnen des Magistrates sicherlich gefordert sind. Es ist aber Teil der demokratischen Strukturen, das gewählte Volksvertreter Anfragen und Anträge im Sinne der BürgerInnen stellen, welche dann auch beantwortet werden müssen.

Ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

werden Sie die Anfragen und Anträge in Zukunft in ordnungsgemäß verfassten Stellungnahmen beantworten, wie es dem demokratischen Sinn unserer Gesetze entspricht?

Betr.: Schuldnerberatung/Refundierung
der Kommunalsteuer

Graz, am 25. Februar 2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Mag. Dr. Karin Sprachmann
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nicht zuletzt im Zuge der Wirtschaftskrise, die natürlich auch steigende Arbeitslosenzahlen bzw. Kurzarbeit zur Folge hatte, geraten immer mehr Menschen in enorme finanzielle Schwierigkeiten. Was sich auch in einer sukzessive steigenden Anzahl von Anfragen von Hilfe suchenden Menschen bei der Schuldnerberatung zeigte: Allein im Vorjahr stieg die Zahl der Erstberatungen um mehr als 12 Prozent, insgesamt führen die steirischen Schuldnerberater in der Zentrale in Graz sowie in der Regionalstelle Kapfenberg mehr als 5500 Beratungsgespräche.

Wobei alle Experten davon ausgehen, dass sich in den kommenden Monaten und Jahren diese Situation noch weiter verschärfen wird: Denn die Arbeitslosigkeit wird trotz der langsam sich erholenden Konjunktur nicht geringer, im Gegenteil. Und die stetig steigenden Lebenshaltungskosten sowie das prognostizierte Ansteigen der Kreditzinsen werden noch mehr Menschen in die Schuldenfalle treiben. Was auch für die professionelle Schuldnerberatung ein Mehr an Arbeit bedeuten wird.

Die Professionalität der Schuldnerberatung Steiermark war – insbesondere nachdem die Stadt Graz, welche ursprünglich selbst Schuldnerberatung angeboten hatte und diese dann aufgelöst hatte – ein Anliegen des jetzigen Landtagspräsidenten Dr. Kurt Flecker. Durch seine Initiative entstanden aus den verschiedensten Schuldnerberatungen von „Rettet das Kind“ und „Caritas“ eine gemeinnützige Schuldnerberatung Steiermark, welche zielorientiert für die betroffenen BürgerInnen arbeiten konnte.

Zwar wird die Schuldnerberatung nunmehr vom Land Steiermark gefördert, von der Stadt Graz kommt aber keine finanzielle Unterstützung. Dies, obwohl insbesondere in Graz die Nachfrage nach Beratungen sehr hoch – kommen doch überproportional viele Klienten der Schuldnerberatung aus dem städtischen Bereich. Immerhin lebt in Graz mehr als ein Fünftel der steirischen Bevölkerung. Christoph Lösch, Geschäftsführer der Schuldnerberatung Steiermark, hat dafür eine sehr logische Erklärung: "Der, der in Graz-Umgebung wohnt, der hat sein Eigenheim, und wenn

sich da die Zahlung nicht ausgeht, dann zieht er nach Graz und wohnt dort in einer Mietwohnung, und wenn er in der Mietwohnung wohnt, kommt er zu uns. Das ist sicher ein Zusammenhang: Graz-Umgebung ist ganz schwach nachgefragt, Graz ist ganz stark nachgefragt.“

Aber nicht nur, dass die Stadt Graz der Schuldnerberatung, obwohl von vielen Grazerinnen und Grazern in Anspruch genommen, keine Unterstützung gewährt: Überdies „verdient“ Graz sogar an der Schuldnerberatung, indem sie – im Gegensatz zu Kapfenberg, wo die Schuldnerberatung Steiermark ihren zweiten Standort hat – auch noch die Kommunalsteuer lukriert. Ist es schon insgesamt mehr als fragwürdig, inwieweit eine Kommune etwa bei sozialökonomischen Projekten, die der Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt dienen, Kommunalsteuer kassiert, so ist das in Zusammenhang mit der Schuldnerberatung mehr als grotesk: Die Stadt kassiert von einer anerkannten, professionellen und von der öffentlichen Hand getragenen Institution, die ihren Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zu helfen versucht, einen Ausweg aus der Schuldenfalle zu finden. Und die damit der Stadt in weiterer Folge finanzielle Belastungen erspart.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind zu veranlassen, dass der Schuldnerberatung in Zukunft zumindest die Kommunalsteuer erlassen wird.

Betr.: Wohnungsleerstehungen durch verzögerte
Brauchbarmachungen in Folge
Personalmangels

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at

Graz, am 25. Februar 2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Graz werden die rund 10.500 Gemeindewohnungen jedenfalls als nicht ausreichend angesehen und die in dieser Gemeinderatsperiode geplanten weiteren rund 270 Gemeindewohnungen werden den hohen zusätzlichen Bedarf nicht decken können.

Umso verwunderter ist man, wenn man beispielsweise hört, dass Gemeindewohnungen über längere Zeit – rund ein Jahr - leer stehen. Die Gründe können natürlich auch darin liegen, dass MieterInnen die Wohnung nicht mehr bewohnen - dann wird die Kontrollstelle tätig; oder aber auch, dass in Folge einer Verlassenschaft die Wohnung nicht unmittelbar weitervermietet werden kann. Letztere Leerstehung liegt klarerweise nicht im Einflussbereich der Stadt.

Einfluss nehmen kann jedoch die Stadt bzw. die Wohnungsverwaltung darauf, wie schnell zurückgegebene Wohnungen wieder brauchbar gemacht werden. Es ist für eine Stadt wie Graz nicht tragbar, eine erneute Wohnungsvergabemöglichkeit unnötig durch zu wenig Personal zu verzögern. Derzeit ist damit zu rechnen, dass für rund 20 bis 30 Wohnungen die Brauchbarmachung und damit die Wiederverfügbarkeit zur Vermietung sich weiter verschieben werden. Daher ist es dringend notwendig, den anerkannten Personalbedarf im Bereich der Hausverwaltung und Technik abzudecken.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, sich dafür einzusetzen, dass diese offenen Stellen im Bereich der Hausverwaltung und Technik raschest nachbesetzt werden, um die Brauchbarmachung und somit Wiederverfügbarkeit von Gemeindewohnungen zu beschleunigen.

Betr.: Kosten der Freiwilligen Feuerwehr

Graz, am 25. Februar 2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit September 2008 besteht neben der Berufsfeuerwehr auch eine Freiwillige Feuerwehr in Graz. Nach Aussagen von Kommandant HBI Helmut Nestler gab es anfangs etwas Missstimmung zwischen Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr, inzwischen sei die Stimmung positiv und die Zusammenarbeit klappe – so Herr Nestler – hervorragend. Aber darauf möchte ich nicht weiter eingehen – auch wenn es dazu ganz andere, sehr gegensätzliche Aussagen gibt.

Aber wenn wir schon bei Widersprüchlichkeiten sind: In der Vergangenheit war von den politisch Verantwortlichen vor allem seitens der ÖVP immer behauptet worden, dass das Freiwillige Feuerwehrwesen in Graz keine bzw. nur geringe Kosten verursachen würde.

Jetzt, nach eineinhalb Jahren, wäre es an der Zeit, über die Kosten oder Nicht-Kosten Bilanz zu ziehen. War doch erst vor kurzem in den Medien zu lesen, dass die Finanzierung der Freiwilligen Feuerwehr in Graz auf unsicheren Beinen stehe, da angeblich 178.000 Euro benötigt würden. Dazu kommt, dass laut Aussagen des Kommandanten weniger als die Hälfte der Mitglieder über Zusatzqualifikationen und Ausbildungen in Atemschutz, technische Menschenrettungs- und spezielle Führungskräfteausbildung verfügen, da also weitere Kosten anfallen werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, uns mitzuteilen, wie hoch die Gesamtkosten – Investitionen, Mittel für den laufenden Betrieb sowie indirekte Kosten über die Inanspruchnahme von Leistungen bzw. Infrastruktur etc. - waren, die die Stadt Graz für die Freiwillige Feuerwehr im Jahr 2009 erbrachte und wie hoch diese Gesamtkosten 2010 sein werden?

Betr.: Wohnbauvorhaben Ilwofgasse

Graz, am 25. Februar 2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Dagmar Krampfl
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die geplante Errichtung einer Wohnanlage Ilwofgasse/Dr. Ignaz-Scarpettistraße sorgt seit einiger Zeit für erhitzte Gemüter. Was sogar dazu geführt hat, dass mittlerweile eine BürgerInneninitiative gegründet wurde – da dieses Bauvorhaben jede Menge offener Fragen aufwirft. Kritisiert wird unter anderem die mangelnde Verkehrstauglichkeit, da die Zufahrtsstraßen dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen keinesfalls gerecht würden. Ein Umstand, der auch von den BezirkspolitikerInnen bestätigt wird: So sind mittlerweile auch Bezirksvorsteher Zimmermann und die 2. Stellvertreterin Andrea-Michaela Schartel der BürgerInneninitiative beigetreten.

Wobei die Kritik an der Verkehrssituation nur ein Teilaspekt ist. Auch der Umstand, dass ursprünglich im Flächenwidmungsplan festgelegt gewesen war, dass diese vormals landwirtschaftlich genutzte Fläche zur Ergänzung des bestehenden Kinderspielplatzes in der Grottenhofstraße dienen hätte sollen, sorgt für Unmut unter den AnrainerInnen. Ganz zu schweigen davon, dass inmitten eines Einfamilienhaus-Gebietes ein schmaler Streifen nunmehr dreistöckig verbaut werden soll, nicht gerade für Jubelstimmung sorgt.

Und so kommt es auch nicht von ungefähr, dass VertreterInnen aller politischen Parteien und angeblich sogar die Wohnungsstadträtin mehr oder weniger deutlich auf Distanz zu diesem geplanten Wohnbauvorhaben gehen – mit Ausnahme der ÖVP. Es damit abzutun, die Einfamilienhausbesitzer seien halt grundsätzlich gegen Sozialwohnungen in ihrer Nachbarschaft, das ist schon ein wenig billig und polemisch. Denn die Kehrseite der Medaille ist: Von den AnrainerInnen wurden sachlich fundierte Einwände gegen das Projekt eingebracht – inwieweit diese Einwände überhaupt und in welcher Form Berücksichtigung fanden, ist völlig unklar: Informationen darüber erhielten die betroffenen AnrainerInnen nämlich nicht – dafür macht jetzt das hartnäckige Gerücht die Runde, dass der Baubescheid bereits in Ausarbeitung sei. Ob unter solchen Gesichtspunkten ein Bauvorhaben unter einem guten Stern steht und damit eine Basis für eine gutnachbarschaftliche Beziehungen

gelegt wird, wenn AnrainerInnen sich derart überfahren fühlen müssen, wage ich zu bezweifeln.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

Bist du bereit, den Gemeinderat darüber zu informieren, ob - trotz vielfacher berechtigter Einwände – am geplanten Sonderwohnbauprogramm Ilwolgasse am Grundstück 479/1, KG Wetzelsdorf festgehalten wird und wenn ja, inwieweit die Einwände der AnrainerInnen Berücksichtigung finden bzw. fanden.

Betr.: Auftragsvergabe nach
sozialen Kriterien

Graz, am 25. Februar 2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung vom 25. 6. 2010 habe ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den Antrag gestellt, zuständigen Stellen im Magistrat mögen prüfen, inwiefern eine Auftragsvergabe auch nach sozialen Kriterien im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben für Aufträge bzw. Vergaben aller Wertgrenzen innerhalb der Stadt Graz möglich ist und einen diesbezüglichen Informationsbericht dem Gemeinderat bis zur Sitzung im Oktober 2009 vorlegen.

Hintergrund dieses Antrages: Die Stadt Graz vergibt jährlich Aufträge in Millionenhöhe und zwar in den verschiedensten Bereichen und Größenordnungen: von baulichen Großprojekten bis hin zum Catering bei Veranstaltungen. Die derzeitigen europäischen Vergaberichtlinien und auch das nationale Recht – wie auch die Vergabepaxis der Stadt Graz - stellen im Wesentlichen auf rein betriebswirtschaftliche Kriterien ab. Aufgrund von höheren Personalkosten haben Unternehmen, die im sozialökonomischen Bereich tätig sind, oft nicht einmal ansatzweise die Chance, den Zuschlag bei einer Auftragsvergabe zu bekommen, da letztlich der Kostenpunkt des jeweiligen Anbots das Hauptkriterium bei der Entscheidung ist. Daraus resultiert, dass Betriebe, die zum Beispiel vorwiegend ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen oder gemeinsam mit dem AMS versuchen, Personen wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern, im Gegensatz zu Unternehmen, die sich rein an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren, bei der Auftragsvergabe oft nicht mithalten können.

Allerdings, und das wäre eine Chance für die Stadt Graz, hier Zeichen zu setzen, eröffnen sich auch im Rahmen des bestehenden Vergaberechts Möglichkeiten, Ausschreibungen bzw. Anbotsersuchen auch auf soziale Kriterien abzustellen, wie u.a. in der Definition des Auftragsgegenstandes oder in der Auftragsausführung. Besonders in Zeiten der Wirtschaftskrise wäre es wichtig, dass sich die Stadt Graz einer über einen rein ökonomischen Standpunkt hinausgehenden Verantwortung bewusst wird und durch die Einführung einer an sozialpolitischen Kriterien geknüpften Auftragsvergabe ein Zeichen setzt.

Soweit mein Antrag vom 25. Juni des Vorjahres. Mittlerweile sind acht Monate vergangen – eine Reaktion auf diesen Antrag habe ich aber nicht erhalten. Jetzt mag es schon sein, dass sich diese Koalition durch Initiativen anderer Fraktionen belästigt fühlt und diese daher mit Ignoranz zu strafen versucht – in der konkreten Sache geht es aber darum, vielen Hundert Grazerinnen und Grazern, die über solche Projekte Beschäftigung finden, eine Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und neue Lebensperspektiven zu eröffnen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist zu veranlassen, dass auf meinen am 25. Juni des Vorjahres gestellten Antrag endlich reagiert und dem Gemeinderat ein entsprechender Zwischenbericht darüber vorgelegt wird, inwieweit in Zukunft endlich auch eine Auftragsvergabe nach sozialen Kriterien im Rahmen der bestehenden rechtlichen Vorgaben für Aufträge bzw. Vergaben aller Wertgrenzen innerhalb der Stadt Graz erfolgen können. Wie gesagt: Geht es aber darum, vielen Hundert Grazerinnen und Grazern, die über sozialökonomische Projekte Beschäftigung finden, eine Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und neue Lebensperspektiven zu eröffnen.

Betr.: Nachmittagsbetreuung in den
Sommerferien

Graz, am 25. Februar 2010

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 25. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Nachmittagsbetreuung an Schulen, seinerzeit als Ergänzung zu den Schülerhorten von der damaligen Schul- und Jugendstadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl eingeführt, hat sich mittlerweile zu einem gut funktionierenden Zwei-Säulen-Modell entwickelt. Wobei die meisten Eltern sehr bewusst entweder den Hort oder die Nachmittagsbetreuung an der Schule wählen.

Umso unverständlicher ist es, dass in den bevorstehenden Sommerferien die Schulen für die Nachmittagsbetreuung geschlossen werden und – als Ersatz dafür – in städtischen Horten die schulische Nachmittagsbetreuung stattfinden soll. Unverständlich ist dies vor allem aus der Sicht der meisten betroffenen Eltern deshalb, da die Kinder, die 10 Monate die Nachmittagsbetreuung an ihren Schulen besuchen können, für diese zwei Monate aus ihrer gewohnten Umgebung herausgerissen werden:

- der Weg in den Hort ist für sie neu; im Gegensatz zum Schulweg, mit dem sie vertraut sind, dessen Gefahrenstellen sie bestens kennen
- auf die ihnen in den Schulen vertraute Infrastruktur für die Nachmittagsbetreuung müssen sie verzichten
- die Freizeitflächen an den Schulen sind andere als in den Schülerhorten
- an den Schulen könnten, etwa bei Schlechtwetter, sogar die Turnsäle im Sommer genützt werden – über derartige Räume verfügen die Horten ja leider nicht

Mit einem Wort: Vorteile für die Eltern, dass sie ihre Kinder statt in die gewohnte Nachmittagsbetreuung an den Schulen ersatzweise in die Schülerhorten schicken, gibt es keine – ganz im Gegenteil.

Und wirkliche Vorteile für die Stadt im Sinne von Kosteneinsparungen – wiewohl gerade im Bereich der Betreuung von Kindern das Wort „Kosteneinsparung“ eines ist, das ich angesichts der erschreckenden Großzügigkeit, mit der städtisches Geld in

anderen Bereichen ausgegeben wird, überhaupt nicht hören will - sind auch nicht zu erkennen. Denn natürlich wird für die Kinder aus der schulischen Nachmittagsbetreuung auch im Hort das gewohnte pädagogische Personal aus den betreuenden Vereinen zur Verfügung gestellt: Das ist nur logisch – alles andere wäre gegenüber den Kindern und Eltern nicht zu vertreten.

Gewaltige Einsparungspotentiale in Bezug auf die Infrastruktur lassen sich auch nicht erkennen: Auf der einen Seite erspart man es sich zwar, ein paar Schulen aufzusperren, hat dort keine Reinigungs-, Instandhaltungs- und Nebenkosten – dafür müssen auf der anderen Seite mehr Horte geöffnet werden, was dort wiederum zu einem Mehr an Reinigung, Instandhaltungs- und Nebenkosten führt.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, auf die für das Jugend- und das Stadtschulamt verantwortlichen Stadtsenatsreferenten einzuwirken, die Überlegung, während der Sommerferien die schulische Nachmittagsbetreuung in den städtischen Horten anzubieten, nochmals zu überdenken und speziell mit Schulstadträtin Grabner ein Gespräch zu führen, ob sie nicht doch bereit ist, für die Nachmittagsbetreuung auch im Sommer die Schulen zu öffnen, da die erwähnten Nachteile dieses Vorhabens in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden geringen Kosteneinsparungen stehen.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 25.02.2010
von
Gemeinderätin Sigrid Binder

Betrifft: Ausbildung von SchülerInnen zu Peers/MediatorInnen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in welchen Pflichtschulen in Graz wurden wie viele SchülerInnen zu Peers/MediatorInnen ausgebildet und welche Erfahrungen wurden mit diesem Projekt bisher gemacht?

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl

eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25.02.2010
von
Gemeinderat Heinz Baumann

Betrifft: Aktiv-Card

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hat Frau Stadträtin Elke Edlinger mit Ihnen bezüglich der Umsetzung der Aktiv-Card bereits Kontakt aufgenommen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159

Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Gertrude Schloffer

Mittwoch, 24. Februar 2010

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Maßnahmen gegen die Verunstaltung der Murpromenade durch Abfälle und Hundekot

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Murpromenade macht in diesen Tagen den Eindruck einer Müllhalde und eines Sammelplatzes für Hundshäufel.

Am vergangenen Dienstag machte ich einen Spaziergang auf der Murpromenade. Mit ordentlichem Schuhwerk gerüstet machte ich mich auf den Weg, denn es gibt ja um diese Jahreszeit wetterbedingt sehr viele Pfützen und Gatsch. Doch ich bekam auch sonst noch einiges zu sehen: Dosen, Flaschen, Plastik und Papier, die zum Teil schon seit dem vorigen Jahr hier liegen, zierten den Gehweg.

Was mich aber ganz besonders zu dieser Anfrage bewogen hat, waren die rechts und links der Promenade in großem Umfang vorhandenen „Tretminen“, die sogenannten Hundshäufel. All diese Umstände haben dazu geführt, dass ich nach einer halben Stunde den Spaziergang entlang der Mur abbrechen musste. Mir hat es einfach geirrt!

Ich erinnere mich auch an einen Spaziergang mit meinen 3- und 6jährigen Enkelsohnen im vergangenen Sommer. Den ganzen Weg entlang musste ich aufpassen wie ein Haftmacher und unentwegt rufen: „Pass auf, ein Hundehaufen!“. Der Ausflug mit den Kleinen war Stress pur, und ich sagte mir damals: So bald nicht wieder!

Und was werden sich die Touristen beim Promenieren denken?

Trotz der Sackerlautomaten, die eigens dazu installiert wurden, um den Hunderhaltern die Entsorgung der Hundstrümmerl zu erleichtern, zu der sie ja verpflichtet sind, lassen zahlreiche Hundebesitzer den Dreck ihrer vierbeinigen Lieblinge einfach liegen. Es ist ja allgemein bekannt, dass Hunde frühmorgens und spätabends ausgeführt werden, wo sie weitgehend unbeobachtet bleiben, weil kaum ein offizielles oder privates Wachorgan an der Promenade unterwegs ist.

Diese Misere muss dringend entschärft werden. Um die Disziplin der Hundehalter zu erhöhen, sollten vorerst Maßnahmen wie eine Werbe-Offensive für die Rücksichtnahme auf andere und ein verstärkter Mitteleinsatz der Wirtschaftsbetriebe angedacht werden.

Sollten diese Maßnahmen jedoch ins Leere gehen, wären durchaus drastischere Maßnahmen, wie etwa eine komplette nächtliche Sperre der Murpromenade (im Sommer etwa zwischen 22 und 8 Uhr) zu überlegen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu beauftragen, geeignete Maßnahmen gegen die Verunstaltung der Murpromenade durch Abfälle und Hundekot zu treffen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 25. Februar 2010

Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage

Betrifft: Palmenhaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das alte Palmenhaus aus dem frühen 20. Jahrhundert ist sowohl aus historischer als auch natürlich aus botanischer Sicht eine interessante Einrichtung in Graz, die für die gesamte Öffentlichkeit zugänglich ist. Es werden vier Klimazonen simuliert und dementsprechend kann man die Pflanzen in ihrem natürlichen Lebensraum sichtbar machen. Leider ist jedoch die Beschilderung der Pflanzen eher für ein fachkundiges Publikum gedacht, da die lateinische Beschriftung nicht für alle einen Informationswert hat. Diese Vorgangsweise ist zwar nachvollziehbar, da vor allem Biologiestudierende das Gewächshaus zu Lernzwecken nutzen, aber wünschenswert wäre doch, dass man den Lerneffekt für alle BesucherInnen insofern erweitert, dass die Beschilderungen durch leicht verständliche Beschriftungen ergänzt werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, an die verantwortlichen Stellen heranzutreten und anzuregen, dass die Beschilderung im Palmenhaus durch leicht verständliche Informationen ergänzt und damit die Pflanzenwelt einer breiteren Öffentlichkeit zugänglicher gemacht wird?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 25.02.2010

Betreff: **Städtefreundschaften**
Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Graz kann eine umfangreiche Anzahl von Städtefreundschaften aufweisen. Ich habe den Eindruck, dass es in letzter Zeit relativ still um diesen Bestandteil der globalen Welt wurde.

Dies mag auch daran liegen, dass trotz Globalisierung die Entfernung und die damit verbundenen Kosten dennoch eine Rolle spielen.

Unter den aktuellen Städtefreundschaften sticht eine Freundschaft besonders hervor, die nach meiner Ansicht einen besonderen Stellenwert hat. Es handelt sich hierbei um die Städtefreundschaft mit Triest. Dies liegt sicherlich an der Besonderheit der Stadt Triest, die seinerzeit neben Wien und Graz einen Schwerpunkt in der Donaumonarchie gebildet hat.

Gerade diese Achse hat große historische Bedeutung, der sich auch viele Grazerinnen und Grazer gerne bewusst sind. Nicht ohne Grund sind Graz bzw. Triest beliebte Reiseziele der jeweiligen „Kontrahenten“.

Im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz,

Bist Du bereit die Städtefreundschaften neu zu beleben, wobei ich aus Entfernungsgründen vordergründig an die Stadt Triest denke. Als Beispiel zähle ich nur Triesttage in Graz und Graztage in Triest, weitere Symposien zur jeweiligen historischen Entwicklungen der Partnerstädte, Operaustausch, wechselseitige Dichterlesungen und eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt in Triest auf. In diesem Zusammenhang verweise ich auf Dr. Gerhard Dienes, einen Triestfachmann, der dieses Projekt sicherlich gerne hilfreich unterstützen würde.

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von Gemeinderat Christoph Hötzl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 25.02.2010

Betreff: **Kostenlose Fernwärmeanschlüsse**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aktuellen Medienberichten war wiederholt zu entnehmen, dass es seitens der Stadt Graz Bestrebungen gäbe, die Anschlussquote an das Fernwärmenetz durch das Angebot von Gratisanschlüssen zu erhöhen. Mit einer derartigen Maßnahme könnte auch der Feinstaubproblematik sinnvoll begegnet werden. Allerdings blieben verbindliche, offizielle Stellungnahmen seitens der Stadt Graz bislang aus.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz

Trifft es zu, dass im Sinne obigen Berichtes eine Erweiterung des Fernwärmenetzes in Graz geplant ist und hierbei auch kostenlose Anschlüsse in Erwägung gezogen werden? Welcher Personenkreis dürfte in diesem Fall mit einem kostenlosen Anschluss rechnen?

Anfrage an den Herrn Bürgermeister, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 25.02.2010 von Gemeinderat Christoph Hötzl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 25.02.2010

Betreff: Dauer der Beantwortung von Gemeinderatsinitiativen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der aktuellen Gemeinderatsperiode fällt die überdurchschnittlich lange Wartezeit für die Beantwortung von Gemeinderatsinitiativen besonders auf. Zahlreichen Initiativen liegen – unabhängig von ihrer inhaltlichen Qualität oder Relevanz – Anregungen, Beschwerden und Probleme von Bürgern zu Grunde. Diese verdienen daher eine zügige inhaltliche Abwicklung.

Es ist mir ein besonderes Anliegen im Zuge meiner Anfrage auf den Umstand hinzuweisen, dass ich im gegenständlichen Fall weder die Ämter in ihrer Gesamtheit, noch einzelne Mitarbeiter kritisieren möchte. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass die Mitarbeiter der Stadt Graz im Rahmen der personellen Möglichkeiten sogar großartige Arbeit leisten. Anders verhält sich jedoch meine Einschätzung der verantwortlichen Politiker.

Gegenständliches Beispiel legt nur zu deutlich dar, dass die aktuellen Einsparungen beim Personal durch unsere Rathauskoalition letztendlich doch zu Lasten des Bürgers gehen. Anfragen, Anträge und andere Initiativen warten - entgegen der Bestimmung unserer Geschäftsordnung - zu lange auf ihre Erledigung.

Selbst wenn zugegeben werden muß, dass eine Fülle der Gemeinderatsinitiativen in erster Linie dazu geeignet ist, Magistratsmitarbeiter von wesentlichen Aufgaben abzuhalten, so sollte doch in Erwägung gezogen werden, dass die einbringenden Gemeinderäte den Wähler repräsentieren und sie somit den Bürger darstellen, den die Politik überdimensional lange auf die Beantwortung seiner Anliegen warten lässt. Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister nachstehende

Anfrage
gem. § 16 GO
der Landeshauptstadt Graz

Wie beurteilen Sie den oben skizzierten Sachverhalt und welche Maßnahmen sind Ihrerseits zur Verbesserung dieses Problems angedacht?

eingbracht am: 25.02.2010



ANFRAGE

gemäß §16 der Geschäftsordnung

der Gemeinderäte Georg Schröck, Gerald Grosz, Mag. Gerhard Mariacher
an den Bürgermeister der Stadt Graz

betreffend die Kosten der Taxifahrten der Stadtsenatsmitglieder.

Wie hoch waren die Kosten für Taxifahrten und Taxi-Gutscheine der Stadtsenatsmitglieder in den Jahren 2008 und 2009 auf die einzelnen Stadtsenatsreferenten verteilt?

www.bzoe-graz.at